**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
23. HuFA 2004 - 2009
Sitzungsdatum:
04.09.2007

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 04.09.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17.00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschuss aus öffentlicher Sitzung vom 21.03.2007
3. Teilnahme am Programm Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“
4. Erlass der 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2007
5. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
6. Bebauungsplan Nr. 71 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd – 6. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – 2. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
8. Bebauungsplan Nr. 104 – Wohnpark Rimburg 5 – 1. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
9. Euregionale-Projekt „Grenzland Wurmatal“
hier: Errichtung eines Parkplatzes im Stadtteil Zweibrüggen
10. Erweiterungen zur Tagesordnung
11. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

12. Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschuss aus nichtöffentlicher Sitzung vom 21.03.2007
13. Vergabeangelegenheiten
- 13.1 Vergabe der Unterhalts-, Grund-, Zwischen-, Glas- und Rahmenreinigung
14. Erweiterungen zur Tagesordnung
15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	(als persönliche Vertreterin für Paul Josef Gerschel)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	(als persönlicher Vertreter für Josef Krawanja)
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Herr Günter Weinen	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Besucherin

Frau Vera Sarasa UWG

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Ralf Kouchen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Frau Stadtinspektorin z.A. Monique Nießen

Gäste

Herr Bastian zu TOP 13.1 (18.15 – 18.50 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtinspektor Björn Beeck

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Verwaltungskollegen/innen sowie die Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll empfahl, den Stadtinspektor Björn Beeck zum Schriftführer für die Sitzung zu bestellen.

Beschluss:

Stadtinspektor Björn Beeck wird zum Schriftführer für diese Sitzung bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 7.8.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus öffentlicher Sitzung vom 21.03.2007**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus öffentlicher Sitzung vom 21.03.2007 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Teilnahme am Programm Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“**

Bürgermeister Schmitz-Kröll fasste den Stand der Dinge noch einmal kurz zusammen und verwies für weitere Informationen an den Ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski ergänzte, dass bis zum 12. September 2007 alle Informationen zu diesem Thema zusammengetragen werden. Die Ergebnisse der Auswertungen werde man in der kommenden Ratssitzung vorstellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss einigte sich darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt abschließend in der kommenden Ratssitzung behandelt wird.

4 **Erlass der 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2007**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erteilte Kämmerer Schmitz das Wort.

Kämmerer Schmitz gab folgende Stellungnahme zur 1. Nachtragssatzung im Haushaltsjahr 2007 ab:

„Dieser Nachtrag ist eine Änderung des im Februar beschlossenen Haushalts in mehreren Positionen. Hauptgrund für den Erlass der Nachtragssatzung ist, eine bessere Übersicht für die Beratung des kommenden Haushalts 2008 zu schaffen.

Der Verwaltungshaushalt steigt um 405.360 Euro an = + 0,84, der Vermö-

genshaushalt um 464.140 Euro = + 6,16 %. Hierfür müssen aber leider Fremdfinanzierungsmittel von gut einem Drittel, rund 170.000 Euro aufgenommen werden. Die Verpflichtungsermächtigung für Investitionen im Jahr 2008 wurde um 2,8 Mio. Euro erweitert.

Bei den Steuerhebesätzen und Gebühren werden jedoch keine Erhöhungen vorgeschlagen.

Im Verwaltungshaushalt wurden bei Haushaltsstellen Ansätze verringert, wenn erkennbar war, dass geringere Mittel ausreichen. Wurde erkannt, dass höhere Ausgaben gegenüber dem Haushalt unvermeidbar sein werden oder wenn bereits vom Rat Beschlüsse gefasst wurden, wurden entsprechende zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Absetzungen erfolgten zum Beispiel bei den Personalnebenkosten; Mehrausgaben werden dagegen für Unterhaltungs- und Energiekosten bei verschiedenen Objekten, für tarifliche Erhöhungen bei den Schülerfahrtkosten, bei der Unterhaltsreinigung der Gebäude sowie der Pflege des Straßenbegleitgrüns entstehen.

Der Nachtrag selber ist im Verwaltungshaushalt ausgeglichen. Die bisher zum Ausgleich des Haushaltes eingeplante Rückzuführen aus Vermögenserlösen braucht nicht mehr herangezogen zu werden. Diese Lücke wird gedeckt durch zu erwartende Steuermehreinnahmen von 577.000 Euro, wobei die größte Steigerung beim Anteil an der Einkommensteuer liegt. Hier wurde die letzte Steuerschätzung von Mai 2007 berücksichtigt.

Bei den Veränderungen im Vermögenshaushalt handelt es sich vielfach um vom Rat bereits beschlossene Projekte und genehmigte Ausgaben. Verschiedene Projekte wurden anfinanziert wenn zu erwarten war, dass in diesem Jahre noch Ausgaben getätigt werden müssen, anderenfalls wurden Verpflichtungsermächtigungen (VE) eingestellt.

Die VE beinhalten Projekte wie die Einrichtung des Ganztagsbetriebs an der GGS Boscheln und der Förderschule, aber auch die größeren Ausgaben für die Maßnahmen im Freibadbereich und die Grundstücksbevorratung im Gewerbegebiet Holthausen.

Für die Maßnahmen, für die die Bereitstellung von Ausgabemitteln vorgeschlagen werden, kann beispielhaft angeführt werden: Umgestaltung der KGS Scherpenseel zur Ganztagsgrundschule, das Projekt Bauwagen, zwei Projekte der EuRegionale, der Ausbau von Rad- und Wirtschaftswegen sowie Planungskosten für die Kanalisationserweiterung Scherpenseel.

Wie bereits erläutert, handelt es sich im Nachtrag um zusätzliche Mittel über die im Haushalt hinausgehenden Veranschlagungen.

Alles in allem keine weltbewegenden Änderungen und Neuheiten, aber mehr Klarheit für die Verwaltung und den Rat sowie insbesondere eine übersichtlichere Ausgangsposition für die Aufstellung des Haushalts 2008.“

Stadtverordneter Weißborn empfahl im Namen der SPD-Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt erst in der kommenden Ratssitzung weiter zu beraten.

Stadtverordneter Weinen schloss sich im Namen der CDU-Fraktion der Empfehlung der SPD-Fraktion grundsätzlich an. Gleichwohl wolle er zwei Fragen bereits in dieser Sitzung stellen.

Zum einen wollte Stadtverordneter Weinen wissen, ob die Mittel im Ansatz zur Haushaltsstelle 460.9355 (Projekt Bauwagen) nicht besser für andere Projekte im Bereich der Jugendarbeit verwendet werden könnten. Die Maßnahme sei

zwar im Jugend- und Sozialausschuss begrüßt worden, jedoch erscheine aus der Sicht der anderen Träger der Jugendarbeit im Stadtgebiet die städtische Jugendarbeit hierdurch unkoordiniert. Er stellte klar, dass die Mittel trotzdem für den Bereich der Jugendarbeit bereit gestellt werden sollten.

Des Weiteren stellte Stadtverordneter Weinen die Frage, ob neben den Mitteln im Ansatz zur Haushaltsstelle 571.9402 (Neubau von Freibadbecken), die für die Planung sicherlich erforderlich seien, auch unbedingt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,47 Mio. Euro erforderlich sei. Dies sei insbesondere deshalb fraglich, weil der Arbeitskreis Freibad seine Arbeit noch nicht abgeschlossen habe und zudem die CDU-Fraktion den Grundsatzbeschluss zum Bau einer Außenschwimmfläche nur unter der Bedingung der Finanzierbarkeit der Maßnahme mitgetragen habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte klar, dass der Grundsatzbeschluss zum Bau einer Außenschwimmfläche vorsah, bereits in 2008 diese Maßnahme umzusetzen. Aufgrund dieses engen Zeitplanes müsse man bereits jetzt die Voraussetzungen schaffen, um Verpflichtungen mit finanziellen Auswirkungen für diese Maßnahme auch schon in 2007 eingehen zu können. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung stehe hierbei jedoch nicht für eine bestimmte Maßnahme, sondern sei anhand des derzeitigen Standes der Planung geschätzt worden. Interna aus dem Arbeitskreis Freibad seien bis dato nicht von Seiten des Bürgermeisters preisgegeben worden. Durch die Verpflichtungsermächtigung sei im Übrigen noch kein Euro ausgegeben und zudem würden derartige Verpflichtungen nicht ohne Beteiligung der Fachausschüsse eingegangen werden.

Stadtverordneter Gudduschat fragte nach, ob sich die Anmerkung bzgl. Interna aus dem Arbeitskreis Freibad auf den in der Presse veröffentlichten Bericht des Stadtverordneten Weißborn bezogen hätte.

Stadtverordneter Weißborn erklärte hierzu, dass dies offensichtlich der Wahrheit entspreche und ging zunächst auf das Projekt Bauwagen ein. Er erinnerte daran, dass Herr Zenker (Streetworker) in der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses ausführlich zum Konzept des Projektes Bauwagen Stellung genommen habe. Hierbei sei er ausdrücklich auf die Unterschiede zu den anderen Konzepten im Stadtgebiet eingegangen und habe außerdem sehr ausführlich dargelegt, weshalb der Bauwagen ein wichtiges pädagogisches Mittel für seine Arbeit darstelle.

Im Anschluss äußerte sich Stadtverordneter Weißborn zum Bau einer Außenschwimmfläche. Hiernach sei der Haushaltsansatz mit den zur Verfügung gestellten Mitteln einerseits und der Verpflichtungsermächtigung andererseits das richtige Signal an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, um die Ernsthaftigkeit des Grundsatzbeschlusses unterstreichen zu können. Im Übrigen sei der Arbeitskreis Freibad aus seiner Sicht keine nichtöffentliche Sache. Er werde auch in Zukunft zu dem Thema öffentlich antworten.

Stadtverordneter Overländer stimmte dem Stadtverordneten Weißborn in der Angelegenheit Projekt Bauwagen zu und wies noch einmal auf das einstimmige Votum des Jugend- und Sozialausschusses für das Projekt Bauwagen hin.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erinnerte noch einmal an die ausführliche Vorstellung des Konzeptes von Herrn Zenker und widersprach den Äußerungen des Stadtverordneten Weinen, dass mit dem Projekt Bauwagen eine unkoordinierte Jugendarbeit entstehen würde. Das Konzept sei vorab mit den anderen Trägern der Jugendarbeit im Stadtgebiet besprochen worden und diese hätten sich ausnahmslos positiv hierzu geäußert. Insofern wäre zu klären, von wem der Stadtverordnete Weinen eine solche Aussage bekommen hätte.

Stadtverordneter Meertens äußerte sich zu dem Bau einer Außenschwimmfläche im Ü-Bad und bezeichnete das Herausgeben von Interna des Arbeitskreises Freibad als befremdlich.

Stadtverordneter Weinen stellte nochmals klar, dass er die Mittel, die für das Projekt Bauwagen zur Verfügung gestellt wurden, nicht in Frage stellen wolle. Er zweifle nur an dem Bestimmungszweck der Mittel. Darüber hinaus sei die Abstimmung des Jugend- und Sozialausschusses als zustimmende Kenntnisnahme zu werten und nicht als endgültige Entscheidung.

Stadtverordneter Weißborn erwiderte, er habe mit Herrn Wellens von der evgl. Kirche gesprochen und dieser habe sich durchweg positiv zum Projekt Bauwagen geäußert. Außerdem könne er nicht nachvollziehen, weshalb sich der Stadtverordnete Weinen gegen die Fachkunde von Herrn Zenker und des Fachausschusses stelle, zumal die Angelegenheit im Jugend- und Sozialausschuss nicht nur zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, sondern auch einstimmig beschlossen wurde, den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat zu bitten, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Anschließend ging Stadtverordneter Weißborn auf die Aussage des Stadtverordneten Meertens ein und erklärte, er habe lediglich der Presse berichtet, welche Aufgaben der Arbeitskreis Freibad habe und was der Stand der Dinge sei. Dies sei schon deshalb keine geheime Vertrauenssache, weil er davon ausgehe, dass zu diesem Thema sehr wahrscheinlich eine Einwohnerversammlung von Bürgermeister Schmitz-Kröll einberufen werde.

Stadtverordnete Weinhold äußerte im Namen der UWG die Meinung, dass es in einer derartigen Angelegenheit nur dem Bürgermeister zustünde, an die Presse zu gehen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, man habe ihm in der Vergangenheit mehrmals den Vorwurf von Seiten der Politik gemacht, dass er zuerst die Presse und dann die Ratsmitglieder informiert habe. Er müsse sich überlegen, ob dies auch in Zukunft weiter so gehandhabt werden könne.

Stadtverordneter Offermanns zeigte sich verwundert über das Ausmaß der Diskussion zu dieser Angelegenheit. Seiner Meinung nach sei der Arbeitskreis öffentlich und er bedauere, dass Stadtverordneter Weißborn ihm zuvor gekommen sei, die Öffentlichkeit über den Stand der Dinge zu informieren. Zum Projekt Bauwagen schlug er vor, den Namen des Projektes zu ändern, auch wenn das Projekt selbst eine gute Idee sei und Herrn Zenker ein effizientes Arbeiten ermögliche.

Nach einer allgemeinen Diskussion konnte festgehalten werden, dass der Ansatz einer Verpflichtungsermächtigung für die investiven Maßnahmen auf dem Freibadgelände im Nachtragshaushalt 2007 nicht zwingend notwendig, zumindest jedoch nicht schädlich für die Sache sei.

Hiernach ergaben sich keine weiteren Meldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

5 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Stadtverordneter Gudduschat fragte nach, weshalb in der Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung kein Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt gefasst worden sei.

Stadtoberamtsrat Kouchen erklärte, dass im Fachausschuss die Vertagung des Beschlusses auf die heutige HuFA-Sitzung beantragt worden wäre.

Stadtverordneter Gudduschat wollte daraufhin wissen, ob in dem Bereich des P+R-Platzes Altlasten gefunden worden wären und äußerte sich irritiert darüber, dass die Maßnahme selber bereits abgeschlossen sei und nun sozusagen im Nachgang noch ein Verfahren abgeschlossen werden müsse.

Stadtoberamtsrat Kouchen erläuterte, dass es für die Maßnahme (Erweiterung der P+R-Anlage um 40 Plätze) im Rahmen der EuRegionale 2008 Zuschüsse vom Land gegeben habe. Zuschussvoraussetzung sei allerdings gewesen, dass die Mittel bis Dezember 2006 hätten verbraucht sein müssen, weshalb man mit dem Bau der Maßnahme bereits parallel zum Bebauungsverfahren beginnen musste. Dies sei durch Vorabstellnahmen der entsprechenden Behörden möglich gewesen. Nun gehe es darum, das Bebauungsverfahren zum Abschluss zu bringen.

Da weitere Mitteilungen nicht vorlagen, stellte **Bürgermeister Schmitz-Kröll** den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung:

Beschlussempfehlung:

- 1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.3 entschieden (Die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten.)**

3. Der Planentwurf der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6. **Bebauungsplan Nr. 71 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd – 6. Änderung hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
-

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen öffentlicher Auslegung von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden.
3. Da die Stellungnahme die Bebauungsplanänderung nicht unmittelbar betrifft, wird auf eine erneute öffentliche Auslegung verzichtet.
4. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 – Carlstraße-Süd – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7. **Bebauungsplan Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – 2. Änderung hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung**
-

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.5 entschieden

(Die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

3. Der Planentwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

8. **Bebauungsplan Nr. 104 – Wohnpark Rimburg 5 – 1. vereinfachte Änderung**
hier: **Satzungsbeschluss**
-

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 104 – Wohnpark Rimburg 5 - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9. **Euregionale-Projekt „Grenzland Wurmatal“**
hier: **Errichtung eines Parkplatzes im Stadtteil Zweibrüggen**
-

Auf Anfrage erläuterte **Stadtoberamtsrat Kouchen** noch einmal kurz die beabsichtigte Maßnahme. Hiernach ergaben sich keine weiteren Fragen, so dass **Bürgermeister Schmitz-Kröll** den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung stellte.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für die Errichtung der Parkfläche im Ortsteil Zweibrüggen als Teilprojekt der „EuRegionale 2008“ auf der Grundlage des vorgestellten Planentwurfes über die EuRegionale-Agentur bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

10. Erweiterungen zur Tagesordnung-----

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

11. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters-----

Bürgermeister Schmitz-Kröll erinnerte an die Zusammenkunft mit dem Rat der Gemeinde Landgraaf am 12. September 2007 und bat um rege Teilnahme. Die Veranstaltung werde ungefähr eine Stunde dauern.

Stadtverordneter Offermanns gab an, dass er nicht an der Zusammenkunft mit dem Rat der Gemeinde Landgraaf teilnehmen könne, da er zur gleichen Zeit an einer Kreistagssitzung teilnehmen werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete weiter, dass dem Antrag auf Übertragung der Gelder von der Bezirksregierung Köln für die an der OGS Palenberg nicht eingerichteten zwei Gruppen auf die OGS Boscheln und die OGS Scherpenseel stattgegeben worden sei. Somit würden an der OGS Palenberg zwei Gruppen und an den OGS Boscheln und Scherpenseel jeweils eine Gruppe bezuschusst.

Stadtverordneter Gudduschat wollte wissen, ob auch Fördergelder für die Comeniusschule in Aussicht stehen würden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll antwortete, dass die Comeniusschule evtl. Fördergelder aus Rückläufen erhalten könne.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski ergänzte, dass mit jedem verstrichenen Tag Übach-Palenberg in der Prioritätenliste steigen würde. Er rechne mit einem entsprechenden Bescheid in den nächsten Wochen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 18.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.00 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Beeck
Schriftführer